

## 27. Die Offene Arbeit in den Evangelischen Kirchen der DDR

### Fallbeispiel Junge Gemeinde Halle-Neustadt

*Sebastian Bonk | Florian Key | Peer Pasternack*

Die Offene Arbeit war ein innerhalb des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR entwickelter Ansatz der Jugendarbeit (Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen). Sie reagierte auf vor allem zwei Umfeldbedingungen: einerseits eine religionsferne Mehrheitsbevölkerung, andererseits ein politisch normiertes und normierendes Bildungs- und Erziehungssystem. In diesem Kontext zielte die Offene Arbeit darauf, Freiräume für Selbsterfahrung, weltanschauliche und kulturelle Horizonterweiterung, politische Diskussionen und Selbstermächtigung zu schaffen.

Einer der zentralen Orte, an dem die Offene Arbeit realisiert wurde, war die Evangelische Kirchengemeinde Halle-Neustadt. Von 1977 bis 1983 schuf dort der damalige Jugenddiakon Lothar Rochau einen für Halle-Neustadt einmaligen Freiraum des offenen Diskutierenskönnens. Konflikte mit der Gemeinde über den Politisierungsgrad dieser Arbeit führten zu seiner Entlassung. Anschließend, nicht mehr durch den Status des kirchlichen Mitarbeiters geschützt, wurde er inhaftiert, verurteilt und später in die Bundesrepublik abgeschoben. Die Szene, die sich um die Offene Arbeit herum gebildet hatte, zog nach Halle-Altstadt.

In den Jahren von 1977 bis 1983 jedoch hatte in Halle-Neustadt ein erstaunliches, in mehreren Hinsichten gänzlich unerwartbares staatsfernes Angebot an Jugendliche und junge Erwachsene etabliert werden können. Dessen Besonderheit wird nachvollziehbar, wenn man sich zweierlei vergegenwärtigt:

---

*Die Offene Arbeit reagierte auf  
Umfeldbedingungen:  
eine religionsferne Mehrheitsbevölkerung  
sowie ein politisch normiertes und  
normierendes Bildungs- und  
Erziehungssystem*

---

- Die anderen Zentren der Offenen Arbeit – so in Halle (Altstadt), Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Jena, Erfurt, Berlin und einigen weiteren Städten – waren in alten, d.h. baulich und sozialstrukturell gewachsenen Städten angesiedelt. Solche erzeugen und ermöglichen jenseits politisch induzierter Steuerung des städtischen Lebens Sektoren der Autonomie. Für Städte ist es konstitutiv, dass gewachsene stadträumliche Strukturen und ihre symbolische Inbesitznahme es Individuen und Gruppen ermöglichen, Kontrollansinnen auszuweichen – je nach Kontrolldichte mehr oder weniger. Da sich gewachsene Städte unabhängig vom Gesellschaftssystem immer nur begrenzt bändigen lassen, war auch in der DDR die übliche Heterogenität von Altstadtbevölkerungen durch die typische Mischung aus Konformität und Nichtkonformität gekennzeichnet.
- Anders in den DDR-Planstädten. In diesen waren von vornherein keine Freiräume für – aus Sicht des sozialistischen Systems – deviante Aktivitäten gegeben: Diese Städte waren vielmehr funktional so gebaut, dass sie Normenkonformität fördern. Abweichungen von den vorgegebenen Normen des sozialistischen Lebens sollten systematisch ausgeschlossen werden.<sup>1</sup> Die Normerwartungen waren besonders hoch, und in die Normbefolgung wurde beträchtliche Aufmerksamkeit und Aktivität investiert. In einer solchen Stadt für Jugendliche und junge Erwachsene ein Angebot der Offenen Arbeit zu installieren, war eine besondere Herausforderung, traf aber auch auf besonderes Interesse – wie auch auf besondere politische Aufmerksamkeit.

---

<sup>1</sup> Peer Pasternack / Henning Schulze: Wissens- und Ideengeschichte von DDR-Planstädten. Das Beispiel der „sozialistischen Chemiarbeiterstadt“ Halle-Neustadt, in diesem Heft, S. 94-96

Vor diesem Hintergrund ergab es sich, dass die Offene Arbeit in Halle-Neustadt einen sehr eigenen und singulären Charakter tragen musste und trug. Es war ein Angebot in einer Stadt, die auf Grund ihrer Entstehungs- und Besiedlungsgeschichte im Vergleich mit anderen DDR-Städten besonders intensiv durch politischen und kulturellen Konventionalismus charakterisiert war. Darüber hinaus war die Offene Arbeit Halle-Neustadt in ein DDR-weites Netzwerk eingebunden, das sie mit ähnlichen Strukturen in anderen Städten verband. Die in Halle-Neustadt veranstalteten Werkstatttage waren dementsprechend auch überregionale Ereignisse. Sie stellten einen schnell wichtiger werdenden Pfeiler im Koordinatensystem der DDR-weiten Vernetzung der Offenen Arbeit dar. Wie das MfS aufgeschreckt vermerken musste, erfuhren sie rasch und viel Zulauf und erbrachten der Offenen Arbeit in Halle-Neustadt überregionales Renommee. Insoweit weist die Offene Arbeit in Halle-Neustadt in einer zeithistorischen Perspektive nicht nur lokale, sondern auch überregionale Bedeutsamkeit auf.

---

*Die Offene Arbeit war ein Angebot in einer Stadt, die auf Grund ihrer Entstehungs- und Besiedlungsgeschichte besonders intensiv durch politischen und kulturellen Konventionalismus charakterisiert war*

---

Auf Grund ihrer Vernetzung gelang es mit der Offenen Arbeit im Vergleich zu anderen gesellschaftlich wirksamen Formen kirchlichen Engagements relativ frühzeitig, sich thematisch in Arbeitskreisen mit den damals als dringlich angesehenen, aber außerhalb des schützenden Kirchenraums öffentlich nicht artikulierbaren Problemen auseinanderzusetzen. Der Offenen Arbeit kam so im Rahmen der Kirche eine Vorreiterrolle zu – sie stand am Anfang der Bildung zahlreicher sog. sozialetischer Gruppen, die in den 80er Jahren unter dem Dach der Kirche gegründet wurden und zu wesentlichen Trägern des Herbstes 1989 werden sollten. Mit ihrer damaligen Exklusivität war die Offene Arbeit zugleich exponiert dafür, vom Staat als provokante Abweichung eingestuft und bekämpft zu werden.

Am konkreten Beispiel der Offenen Arbeit in Halle-Neustadt wird deutlich, in welche Widersprüche die Kirche im Umgang mit dem Staat geriet. Einerseits erforderte die Neuausrichtung einer „Kirche im Sozialismus“ in den 70er Jahren die Akzeptanz der gesellschaftlichen Verhältnisse für eine sozialetisch orientierte Gestaltung des Zusammenlebens. Andererseits führte diese Konzeption unweigerlich zu Konflikten mit dem Staatsapparat, der ein gesellschaftliches Engagement der Kirche als Angriff auf die eigene Deutungshoheit werten musste.

Mit der Öffnung der Jungen Gemeinde in Halle-Neustadt traten daher konzentriert gleich mehrere Probleme auf: Die Amtskirche der Kirchenprovinz Sachsen konnte gegenüber staatlichen Stellen keine einheitliche Außendarstellung über die vertretbare Ausrichtung und Reichweite des Konzepts erreichen – vor allem auch deshalb, weil kircheninterne Differenzen über das Verhältnis von Kirche und Staat am konkreten Umgang beider Seiten mit den gesellschaftspolitischen Problemen offenbar wurden. Auch in Halle-Neustadt, wie an anderen Orten, hatte die bewusste Erweiterung der bisherigen konventionellen Formen kirchlicher Jugendarbeit zu massiven Störungen des traditionell verstandenen Gemeindelebens geführt. Zugleich gelang es dem Staat, mit der Hilfe des MfS-IM-Netzes beinahe unmerklich, die aufgetretenen innerkirchlichen Befindlichkeiten auf die Person des Jugenddiakons zu fokussieren – und damit die Frage nach der Zukunft der Offenen Arbeit vor Ort zu einer Frage nach dessen Verbleib im Amt zu wandeln.

Das MfS erkannte die Tragweite einer kritischen Öffentlichkeit durch die Offene Arbeit in Halle-Neustadt anhand der überregionalen Zustimmung zu den Werkstatttagen. Es wies die strategische Bearbeitung der als maßgeblich identifizierten Person des Jugenddiakons in drei Operativen Vorgängen – der eingestuften Relevanz entsprechend – der Ebene ihrer Bezirksverwaltung zu. In den drei operativen Vorgängen vermochte es das MfS, die Person des Jugenddiakons von Gemeinde, Kirchenkreis und Landeskirche zu isolieren – und damit, die Offene Arbeit in Halle-Neustadt zu Fall zu bringen. Das nachhaltige Resultat des staatlichen Vorgehens bestand darin, dass im Anschluss an die erzwungene Schließung der Offenen Arbeit keine Stelle mehr für eine solch unkonventionelle Jugendarbeit in der Kirchengemeinde Halle-Neustadt vergeben wurde.